

Gerangel um Nord Stream 2

Klaus Ernst

Über Geschäfte kam man sich näher: Vor 45 Jahren lieferte die Sowjetunion erstmals Erdgas in die BRD. Die Lieferverträge erwiesen sich als wichtiges Instrument der Ostpolitik Willy Brandts, da sie mitten im Kalten Krieg die Gegner über verlässliche Handelsbeziehungen einander näherbrachte. Schon damals versuchten die USA, Gaslieferungen aus der Sowjetunion zu verhindern. Bis heute aber funktioniert die Zusammenarbeit im Energiebereich gut: unabhängig von internationalen Krisen, ungeachtet des Einflusses der USA. In den 1980er-Jahren wollte US-Präsident Ronald Reagan die Europäer zu einer amerikanisch-europäischen Energiepartnerschaft überreden, um den europäisch-sowjetischen Gashandel stillzulegen – ohne Erfolg. Heute versucht US-Präsident Donald Trump mit aller Macht, Fracking-Gas in die EU zu bringen. Beide scheiterten an einem einfachen Umstand: Das Erdgas aus dem Osten ist preiswerter als jenes, das über den Atlantik kommt.

Die USA, vor kurzem noch selbst ein Land, das mehr Energie verbraucht als produziert, treten heute selbst als Öl- und Gasexporteur auf. Möglich macht dies der Boom beim Fracking, einer umstrittenen Fördermethode, bei der das öl- und gasführende Gestein mithilfe von hohem Druck und Chemikalien aufgebrochen („gefrackt“) wird, damit die Rohstoffe entweichen können. Diese Methode belastet die Umwelt stärker als herkömmliche Fördertechniken, weil sie große Mengen Wasser verbraucht, giftige Abwässer erzeugt und in Verdacht steht, Erdbeben auszulösen. In Europa ist Fracking fast überall verboten oder zumindest mit Moratorien belegt. Es gibt also auch gewichtige umweltpolitische Gründe, Fracking-Gas nicht zu kaufen – neben dem reinen Preisargument. Das liegt vor allem am Aufwand für den Transport: Das Gas muss zu LNG-Gas verflüssigt und auf Tankschiffe geladen werden, um dann über den Atlantik zu uns zu kommen. In den Zielhäfen muss es dann an speziellen Terminals angelandet werden. In der EU sind viele dieser Terminals mit europäischen Fördermitteln, also Steuergeldern finanziert. Sie sind nicht annähernd ausgelastet. Nicht nur aus Russland, auch aus anderen Förderländern kommt Erdgas dagegen ganz überwiegend durch Pipelines nach Europa.

LNG-Gas ist also derzeit in Europa nicht konkurrenzfähig. Was liegt da aus US-amerikanischer Sicht näher, als den Absatz eigenen LNG-Gases zu fördern, indem man den Gashandel Europas mit Russland bekämpft? Zum Beispiel, indem man den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 zu verhindern sucht? Seit Monaten drohen die USA mit völkerrechtswidrigen Sanktionen nicht nur gegen Russland, sondern gegen sämtliche Unternehmen, die am Bau beteiligt sind. Sie müssten damit rechnen, vom US-amerikanischen Markt ausgeschlossen zu werden, erklärte ihnen der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, der offensichtlich die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile für eine Kolonie der USA hält, Anfang des Jahres in einem Brief.

Dänemark wird von den USA offensichtlich genauso unter Druck gesetzt – und knickt ein, bisher zumindest. Ursprünglich sollte die Trasse entlang der älteren Nord Stream 1 auch durch dänische Hoheitsgewässer führen. Dieses Teilstück benötigt eine Genehmigung der dänischen Energieagentur. Die Behörde verschleppt die Bearbeitung des Antrags zwei Jahre lang, bis heute, obwohl alle nötigen Unterlagen vorliegen und Nord Stream 2 alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Deshalb fühlte sich die Nord Stream 2 AG nun genötigt, den alten Antrag zurückzuziehen und stattdessen zwei Alternativrouten zu beantragen, die lediglich die dänische Wirtschaftszone kreuzen. Hier gilt internationales Seerecht. Das bedeutet, die dänischen Behörden können die Pipeline nicht verhindern, wenn beim Bau alle Auflagen erfüllt werden. So könnte die dänische Regierung ohne Gesichtsverlust ihre unwürdige Blockadepolitik beenden.

Nicht zuletzt spielt die Ukraine Krise eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung um Nord Stream 2. Sie hat die europäischen Sanktionen gegen Russland mit verursacht und dient auch den USA als Argument dafür, die neue Pipeline verhindern zu wollen. Die Ukraine streitet schon länger mit Russland über die Durchleitung des Erdgases in den Westen. Dem ukrainischen Staat entgingen mehrere Milliarden US-Dollar an Transitgebühren, wenn das Gas nicht mehr durch die Ukraine, sondern durch Nord Stream 2 gepumpt würde, so ein zentrales Argument gegen die neue Pipeline. Doch warum soll Europa dieses Geld an die Ukraine überweisen, wenn es auch billiger geht? Dazu kommt, dass ein erheblicher Teil dieser Einnahmen in private Taschen und schwarze Kassen fließt und den Staatshaushalt gar nicht erreicht – ebenso wenig wie die

Naftogaz, die für den Betrieb der Gasleitungen zuständig ist. Deshalb ist das Netz marode: Die Leitungen durch die Ukraine seien 14-mal häufiger von Störungen betroffen als andere Pipelines, schreibt *Der Spiegel*. Diese Probleme bestünden weiter, selbst wenn Nord Stream 2 gestoppt würde. Die Ukrainekrise muss unabhängig von der Frage gelöst werden, von wo und wie Deutschland und seine Nachbarstaaten ihr Gas beziehen. Im Übrigen verringert sich die Abhängigkeit von russischem Gas nicht dadurch, dass es durch die Ukraine zu uns kommt.

Insgesamt zeigt sich, dass die US-amerikanische Behauptung, die EU unabhängiger von russischem Erdgas machen zu wollen, schlichtweg Eigeninteresse kaschiert. Und deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung nach wie vor hinter dem Projekt steht. Von den Sanktionen gegen Russland profitieren ausschließlich die USA. Auch gegen den Iran setzen sie extraterritoriale Sanktionen ein, obwohl die Europäer am Atomabkommen mit dem Iran festhalten wollen. Auch hier werden deutsche Unternehmen bedroht, wenn sie europäischer Politik folgen und weiter mit dem Iran Handel treiben. Wir brauchen dringend eine europäische Strategie, wie wir uns gegen die völkerrechtswidrige Politik der USA wehren. Eine Möglichkeit wäre, eine Alternativwährung zum US-Dollar als einzigem internationalem Zahlungsmittel zu etablieren. Es wäre ein Unding, wenn wir uns von den USA diktieren lassen würden, wie und wo wir uns mit Energie versorgen.🌐

Klaus Ernst

geb. 1954, MdB, 2010–2012 Vorsitzender der Partei DIE LINKE, seit 2018 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie

klaus.ernst@bundestag.de

